



Wolfgang Rhode

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Gute Arbeit muss drin sein

Fulda; 1. Mai 2008

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1) Einstieg

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Slogan der diesjährigen Mai-Kundgebungen ist unmissverständlich:.

„Gute Arbeit muss drin sein!“

Es geht uns um sichere Arbeitsplätze und gute Einkommen, für ein anständiges Leben.

Es geht uns um gute Arbeitsbedingungen, egal ob am Band oder im Büro.

Wir wollen Würde, Anerkennung und Respekt für jede und jeden Einzelnen!

Dahin ist noch ein weiter Weg. – Ein Beispiel:

Bei Lidl und Aldi und nicht wenigen anderen Firmen wurden die Beschäftigten systematisch bespitzelt und ausgehorcht.

Hier werden Gewerkschaftsrechte wieder mit Füßen getreten.

Das ist leider Teil der Realität. Das ist erschreckend. – Doch
Meinungsfreiheit, Gewerkschaftsfreiheit und Mitbestimmung sind ein Grundrecht!

Deshalb gibt es keine Zweifel:

Bespitzelungen im Betrieb gehören rechtlich verfolgt und bestraft.

Einige im Arbeitgeberlager wollen zurück ins Mittelalter.

Denen müssen wir sagen, Ihr benehmt Euch wie im Mittelalter!

Lernt erst mal Respekt vor den Menschen, ohne die in Euren Betrieben nichts geht.

Wir wollen gute Arbeit für alle und das muss drin sein.

2) Steuerflucht und die Moral der Eliten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute ist nicht nur der Tag der Arbeit, heute ist auch Christi Himmelfahrt.

Zuletzt war das 1913 so und erst im fernen Jahr 2160 fallen diese beiden Tage wieder zusammen.

So schnell werden wir im Mai nicht wieder einen arbeitsfreien Tag verlieren, gut so.

Heute erlaube ich mir, hier in Fulda, eine Bibelstelle aufzugreifen:

Im Markus-Evangelium heißt es:

„Es ist leichter, dass ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als dass ein Reicher ins Reich Gottes komme.“

Schon damals wusste man wohl schon von den Zumwinkels und wie sie alle heißen.

Das Motto dieser angeblichen Eliten heißt offensichtlich:

Wir bereichern uns und das ohne Rücksicht.

Die eigenen Millionen nach Liechtenstein zu bringen, das ist längst keine Ausnahme mehr. – Hunderte von Selbstanzeigen zeugen davon.

Bei Siemens ist ein Schattenreich der Korruption gewuchert.
Managergehälter – ohnehin 100 Mal so hoch wie ein Durchschnittsentgelt –
steigen um 17 % ...
Und den Arbeitnehmern werden Opfer und Verzicht gepredigt.

Ein Teil unserer Wirtschafts-Elite achtet ethische Normen nicht mehr.

Steuerhinterziehung, Korruption und maßlose Managergehälter, das sind
Symptome einer Haltung.

Eine solche Haltung dürfen wir nicht akzeptieren.

3) Solidarität und Gerechtigkeit

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn Moral und Ethik von einigen sogenannten Eliten verachtet werden,
dann müssen wir sie erst recht ernst nehmen.

Unser Grundgesetz schützt das Privateigentum. Richtig.

Aber es legt ihm auch Pflichten auf:

Eigentum muss dem Allgemeinwohl dienen.

Das muss für das private Eigentum an erster Stelle stehen, nicht das Streben
nach dem Höchstprofit.

Wer maßlos nach Rendite giert, der verstößt gegen unser Grundgesetz.

Der aggressive, globale, finanzmarktgetriebene Kapitalismus richtet sich
gegen die Menschen.

Er führt zu Zukunftsängsten und manchmal auch zu Resignation.

Unter solchen Umständen suchen die Menschen nach Orientierungen, in die sich unsere Gesellschaft bewegen soll.

Unsere Werte liefern solche Orientierungen.

Unsere politischen Werte sind: Soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität, gelebte Demokratie, Würde, Anerkennung und Respekt.

Sie sind tief in der Geschichte der Arbeiterbewegung verankert.

Sie sind aber auch heute in Betrieb und Gesellschaft mehrheitsfähig.

Sie sind Werte, für die demokratische und soziale Bewegungen weltweit kämpfen.

Wenn der Mensch nicht nur Rädchen im Wirtschaftsgetriebe sein soll, dann heißt das für uns:

Jeder Mensch hat Anspruch auf Würde, auf Respekt und auf Anerkennung. In Betrieb und Gesellschaft.

Würde, Anerkennung und Respekt sind für jeden Menschen lebensnotwendig.

Menschen, denen das versagt wird, werden krank.

Genauso wie Menschen, denen Essen und Trinken versagt wird.

„Du sollst Dich nie vor einem lebenden Menschen bücken“, so hat Willi Bleicher, der einstige Bezirksleiter der IG Metall in Baden-Württemberg, unsere gewerkschaftliche Grundhaltung treffend zum Ausdruck gebracht.

Würde, Anerkennung und Respekt heißt für uns: Jeder Mensch wird ernst genommen:

Jeder Mensch hat Anspruch, sein Leben selbst- und mitzubestimmen.

Nehmt Hartz IV. Von 350 oder 400 Euro im Monat kann niemand leben.

Das reicht materiell vorne und hinten nicht.

Aber das allein ist es nicht. Es gibt ja Millionen Menschen, die müssen das schaffen, die sind dazu gezwungen und haben keine Alternative.

Aber ein Leben in Würde, ein menschwürdiges Leben, ist so nicht möglich.

Nehmen wir den 58jährigen, der 40 Jahre gearbeitet hat, entlassen wird und keine Chance mehr auf Arbeit hat.

Der muss sein Ersparnis opfern und wird auf Hartz IV gesetzt.

Was geschieht mit dem Menschen ?

Nicht nur, dass er in finanzielle Not gerät.

Seine ganze Lebensleistung, die Leistung von Jahren der Arbeit wird entwertet.

Und das lässt sich mit Anerkennung, Respekt und Würde nicht vereinbaren.

Oder denken wir an die wachsende Altersarmut.

Denken wir an die Rente mit 67.

Oder die entwürdigende Diskussion um die Rentenerhöhung.

Denkt auch an die Ausweitung von Minijobs, von Zeitverträgen und von Leiharbeit:

Sie sind unsicher und schlecht bezahlt.

Deshalb sagen wir: Jemand, der arbeitet, muss von seinem Lohn auch leben können.

Das ist das, wenn wir von unseren Grundwerten sprechen, von Anerkennung, Würde und Respekt, dafür haben wir uns in Gewerkschaften zusammengeschlossen, dafür kämpfen wir.

4) Faschismus ist keine Meinung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute ist auch ein Tag der internationalen Solidarität.

Ihr alle kennt die Auseinandersetzungen um die Verlagerung von Arbeitsplätzen.

Die Karawane zieht nach Osten weiter, so die Stimmung in vielen Unternehmen.

Wir werden solche Auseinandersetzungen nur bestehen, wenn wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Niemals dürfen wir uns mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Frankreich, Spanien oder Italien zu Tode konkurrieren.

Wir müssen zusammen für ein soziales und friedliches Europa streiten.

Miteinander und nicht gegeneinander.

Wir tun dies aus Überzeugung und auch aus Verpflichtung gegenüber unserer Geschichte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor 75 Jahren haben die Nazis in Deutschland die Macht übernommen.

Am 2. Mai 1933 haben die Nazis die Gewerkschaftshäuser gestürmt.

Die freien Gewerkschaften wurden zerschlagen.

Es folgte Unterdrückung, Terror und millionenfacher Mord.

Niemals dürfen die Verbrechen der Nazis in Vergessenheit geraten.

Dies verpflichtet uns auch heute auf den Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus.

Wir treten ein für eine tolerante, weltoffene und humane Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Auftreten von Neonazis und NPD hat mittlerweile eine neue Qualität erreicht.

Nicht nur die Erfolge der NPD bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen zeigen, dass die Zahl ihrer Anhänger wieder steigt.

Auch anderswo können Neonazis Erfolge erzielen.

Die Schlussfolgerung aus dieser gefährlichen Entwicklung lautet:

Den rechten Rattenfängern muss das Handwerk gelegt werden.

Die NPD muss verboten werden.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Alltag, egal ob im Betrieb oder anderswo, müssen bekämpft werden.

Hier sind wir unnachgiebig.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

5) Verlagerungen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich komme zu einem anderen Thema.

Heute erleben wir eine neue Gier nach Profit.

Ich sage nur: Nokia.

Der eine oder andere von Euch hat den Klingelton im Ohr:

Nokia – connecting people.

Nokia verbindet Menschen! – Die Werbung lügt.

Dieser Konzern verbindet keine Menschen. Er verachtet sie!

Konzerne wie Nokia, haben sie ihren Sitz in Frankfurt oder Helsinki, setzen aus blanker Renditegier die Existenz tausender Beschäftigter und ihrer Familien aufs Spiel.

Wie Nokia in Bochum handelte, das hatten wir noch nicht erlebt.

Der Konzern hat den Beschäftigten nicht die Pistole auf die Brust gesetzt.

Nein, der Konzernvorstand hat gleich geschossen.

Das ist Wild-West-Kapitalismus.

Standorte werden dichtgemacht – nicht weil sie Verluste machen, sondern weil sie zu wenig Profit abwerfen.

Alle fünf Jahre will der Konzern das Vermögen seiner Anleger verdoppeln.

Jedes Jahr 20 Prozent Rendite.

Das ist Irrsinn. So wird die pure Rücksichtslosigkeit gegenüber Beschäftigten und Gesellschaft zur offiziellen Unternehmenspolitik.

Wer so handelt, der zerstört auf Dauer das soziale Leben einer Gesellschaft.

Wer das tut, der untergräbt unsere Demokratie.

Wir dürfen aber nicht nur klagen.

Wir müssen diesem neuen Finanzmarktkapitalismus etwas entgegensetzen.

Das heißt: Gerade in Zeiten der Globalisierung brauchen wir mehr und nicht weniger Demokratie in den Betrieben.

Beschäftigte und Betriebsräte müssen mehr Einfluss auf Entscheidungen der Unternehmen haben.

Nur dann werden die Beschäftigten nicht länger zum Kostenfaktor mit zwei Ohren degradiert.

Der Macht der - neudeutsch - Shareholder, der Großaktionäre und Renditejäger, müssen Grenzen gesetzt werden.

6) Ungerechte Einkommensverteilung und Binnenmarkt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Renditegier der wirtschafts- und sozialpolitischen Geisterfahrer ist längst nicht nur eine moralische Frage.

Es ist eine Frage von wirtschaftlichem Erfolg oder Misserfolg.

Was haben die neoliberalen Versprechungen gebracht?

Für kurze Zeit sind die Profitraten hochgeklettert, allerdings auf Kosten der Beschäftigten und zu Lasten der Gesellschaft.

Diese Manager handeln nach der Devise: nach mir die Sintflut.

Wohin diese Leute und deren Politik uns führen, das zeigen diese Fakten:

Die Einkommen aus Gewinn und Vermögen explodieren, die Reallöhne stagnierten, in einigen Branchen fallen sie sogar.

Das ist ungerecht und wirtschaftlich dumm.

Denn das schadet dem Konsum und der Binnenkonjunktur.

Das einzige, was wirklich dauerhaft wächst, das ist der Niedriglohnsektor und unsichere Beschäftigung.

Das ist eines der Beispiele, die belegen:

Eine einseitig an den Unternehmen und Aktionären ausgerichtete Politik schadet letztendlich allen.

Deshalb kämpfen wir weiterhin für eine gerechte Einkommensverteilung, für Löhne und Gehälter, die zum Leben reichen.

Und wir kämpfen für eine Steuerpolitik, die der Umverteilung von unten nach oben ein Ende setzt.

7) Gerechte Löhne

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich in diesem Land.

Doch es gibt auch Hoffnung.

Doch Veränderungen zum Guten fallen nicht vom Himmel.

Wir wissen:

Höhere Löhne bekommen wir nicht geschenkt.

Jüngst haben wir in den Tarifrunden Erfolge erzielt, die sich sehen lassen können.

In der Stahlindustrie steht die Fünf für die Beschäftigten.

Den Kolleginnen und Kollegen von Ver.di gelang es, die schlimmsten Forderungen der Arbeitgeber abzuwehren und gegen massive Widerstände einen höheren Reallohn durchzusetzen.

Auch in der Textil- und in der Chemieindustrie konnten ordentliche Lohnsteigerungen durchgesetzt werden.

Auch im KFZ-Handwerk gibt es ein Plus.

Diese Erfolge waren nur möglich, weil die Beschäftigten selbstbewusst für ihre Interessen gekämpft haben.

Das hat sich ausgezahlt, das hat sich gelohnt.

Wir können noch mehr bewegen, wenn wir noch stärker werden, wenn noch mehr bei uns mitmachen.

Sagt es allen euren Kolleginnen und Kollegen in Betrieben und Verwaltungen, auch denen, die noch nicht Mitglied sind.

Es gibt nichts Gutes, außer ihr tut es - gemeinsam mit uns in einer starken Gewerkschaft.

8) Kurs Soziale Gerechtigkeit

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Menschen in diesem Land haben die Nase voll von der herrschenden Politik der Umverteilung von unten nach oben.

Das haben wir nicht nur in den Tarifrunden gespürt.

Die Zustimmung zu unseren Forderungen ist groß wie lange nicht mehr.

Und das Trotz aller Meinungsmache von Unternehmen und Teilen der veröffentlichten Meinung.

Bei allen Umfragen geben die Bürgerinnen und Bürger eindeutig und parteienübergreifend zu verstehen, was sie von den Verhältnissen in diesem Lande halten.

Wir müssen solche Ergebnisse sehr ernst nehmen, zeigen sie doch, wie groß der Rückhalt für unsere Forderungen ist.

Soziale Gerechtigkeit steht hoch im Kurs.

Auch wird klar, die Mehrheit in diesem Land will den Mindestlohn.

Arm trotz Arbeit darf nicht sein.

Die Mehrheit will mehr soziale Gerechtigkeit.

Auch die Rente mit 67 hat keine Zustimmung.

Ebenso verhält es sich mit weiteren Privatisierungsorgien.

Die Menschen sagen Nein zur Bahnprivatisierung.

Die Bahn gehört auf die Schiene und nicht an die Börse.

Das heißt:

Wir haben gute Chancen, für unsere Forderungen Gehör und Zustimmung zu finden.

Zustimmung, die uns hilft, soziale Gerechtigkeit in diesem Land zu stärken.

Auch andere müssen mitmachen.

Ich denke an soziale Bewegungen, Kirchen - alle, die eine gerechte Welt wollen.

Soziale Gerechtigkeit darf nicht nur die Meinungsumfragen beherrschen, sondern muss auch Wirklichkeit werden.

Millionen müssen stärker sein als Millionäre.

9) Gute Arbeit muss drin sein

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Welt der Neoliberalen wollen wir eine andere Welt, andere überzeugende Vorstellungen und Ziele entgegensetzen.

Wir wollen gute Arbeit für ein gutes Leben.

Gutes Geld für gute Arbeit und gute Arbeit für ein gutes Leben.

Dieses Ziel eint den Leiharbeiter mit dem Stammarbeiter.

Gute Arbeit verbindet die allein erziehende Mutter, die einen befristeten Job hat, mit dem hochbezahlten Software-Entwickler.

Gute Arbeit geht alle an und verbindet.

Gute Arbeit ist machbar. Da gibt es keine Ausrede.

10) Bildung und Ausbildung

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Bildung ist der Schlüssel zu einem guten Leben.

Obwohl Bildung so wichtig ist:

Unser Bildungswesen ist in einem schlechten Zustand.

Und es ist ungerecht. Es grenzt aus und fördert nicht.

Damit können wir uns ebenso wenig abfinden wie mit Kinderarmut.

Wir fordern gleiche und gute Ausbildungschancen für alle:

Wir fordern: Weg mit den Studiengebühren!

In der beruflichen Ausbildung sieht es nicht besser aus.

Der Mangel an Ausbildungsplätzen ist nicht behoben.

Und das obwohl die Unternehmer einen Mangel an Facharbeitern beklagen.

Wir brauchen eine Garantie - wenn es nicht anders geht, per Gesetz:

Jede und jeder Jugendliche der will, muss einen Ausbildungsplatz erhalten!

Hier geht es um Lebenschancen. Lebenschancen, die jedes Jahr mehr als hunderttausend Jugendlichen schlichtweg verweigert werden.

11) Generationensolidarität

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesen Tagen erleben wir, wie Jung und Alt gegeneinander ausgespielt werden sollen.

Da macht das böse Wort von der „Rentner-Republik“ die Runde, da ist davon die Rede, die Alten würden die Jungen ausbeuten.

Anlass ist die Rentenanpassung von 1,1 Prozent.

Unser Problem ist nicht die angebliche „Rentner-Republik“.

Unser Problem ist die wachsende Armut im Alter, vor allem für Menschen, die niedrige Einkommen hatten oder lange arbeitslos waren.

Unser Problem ist, dass die Rentenformel so gestutzt wurde, dass ein menschenwürdiges Leben im Alter für viele nicht mehr erreichbar ist.

Das können wir nicht hinnehmen.

Denn zur Würde des Menschen gehört auch eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard im Alter sichert.

Kolleginnen und Kollegen,

die Jungen und die Alten gegeneinander hetzen:

Nicht mit uns!

Gelänge das, dann verlören die Alten und die Jungen.

Deshalb werden wir alles tun, diese falsche Frontstellung zu verhindern.

Deshalb kämpfen wir Gewerkschaften für die Interessen der einen wie der anderen.

Und auch deshalb sage ich: Die Entscheidung für die „Rente mit 67“ ist falsch.

Sie ist eine Rentenkürzung durch die Hintertür und nichts anderes!

Das ist Politik aus dem Tollhaus:

Einerseits verweigern Politik und Wirtschaft hunderttausenden junger Menschen den Zugang ins Berufsleben.

Gleichzeitig sollen die, die sich 40 Jahre lang krumm und schief gearbeitet haben, gezwungen werden, bis 67 zu arbeiten.

Das ist doch absurd.

Wir setzen auf eine solidarische Lösung:

Die Älteren, die nicht mehr können, müssen in Rente gehen können.

Flexibel bis zum 65. Lebensjahr.

Zum guten Leben gehört, dass jeder die Möglichkeit hat, gesund in Rente zu gehen und nicht krank und mit kaputten Knochen.

Deshalb muss auch ein neuer guter Ersatz für die Altersteilzeit gefunden werden.

Das ist ein Konzept für Generationensolidarität, das diesen Namen verdient.

13) Leiharbeit

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

einen letzten Punkt will ich ansprechen.

Die Zahl der Leiharbeiter steigt rasant, die Millionengrenze ist bald überschritten.

Unternehmen setzen Leiharbeit nicht mehr ein, um kurzfristige Auftragsspitzen zu bewältigen.

Das ist vorbei. Die Unternehmer missbrauchen Leiharbeiter, um in den Firmen die Löhne zu drücken.

Das unwürdige Spiel der Unternehmer ist durchsichtig:

Stamm-Belegschaft gegen Leiharbeiter ausspielen, Lohn-Dumping brutal durchsetzen.

Ihr müsst eines wissen und beherzigen:

Würden die Unternehmer damit durchkommen, dann verlieren wir alle - Leiharbeiter, Festangestellte und Gewerkschaften.

Unsere Forderung ist:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - das ist auch ein Menschenrecht.

Das muss für alle gelten.

Geeint für soziale Gerechtigkeit streiten, darum geht es uns.

Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, lohnt es sich gemeinsam zu kämpfen.

Euch allen einen schönen 1. Mai!

Glückauf!